



Das Bündnis Umfairteilen hatte schon 2013 zur letzten Bundestagswahl höhere Steuern auf Vermögen gefordert. Passiert ist bisher nichts. Mit der Diskussion um die Reform der Erbschaftssteuer nimmt das Thema wieder Fahrt auf.

Foto: Jakob Huber/Ccompact CC BY-NC-2.0

Einflussmöglichkeiten als die Allgemeinheit. Das ist nicht neu. Schon immer haben vermögende Eliten Politik in ihrem Sinne beeinflusst. Sie haben die finanziellen Mittel dazu, verfügen über gute Kontakte und treten häufig auch als Akteure in politischen Entscheidungsprozessen auf. Und sie lassen es sich etwas kosten, wie die steigenden Ausgaben für Lobbyarbeit belegen.

Auch wir bewegen uns als Stiftung im Feld von Arm und Reich und müssen, wollen wir den sozialen Wandel befördern, klar Position beziehen. Denn soziale Gerechtigkeit ist einer der wichtigsten Inhaltsstoffe des Klebers, der Gesellschaften zusammenhält. Stiftungen können beim Anrühren dieses Klebers einen wichtigen Beitrag leisten, indem sie Debatten anstoßen, die Zivilgesellschaft stärken und dies auf demokratische und transparente Weise tun.

In Debatten zu Reichtum einmischen

Aber reicht das auf Dauer? Müssen wir nicht als progressive Stiftung Forderungen zum Abbau sozialer Ungleichheit entwickeln? Müssen wir uns positionieren bei Themen wie Vermögens- und Erbschaftssteuer und besser vernetzen? Diesen Fragen sind wir bei einem Seminar in Berlin auf den Grund gegangen und haben gemerkt, dass wir uns zukünftig stärker in Debatten zu Einfluss und Reichtum, wie sie etwa unser ehemaliges Förderprojekt LobbyControl angestoßen hat, einbringen müssen.

Die Vision wäre, dass wir am Ende dieses Prozesses eine gewaltfreie Alternative zu dem von Warren Buffet heraufbeschworenen „Klassenkrieg“ gefunden haben, eine Bewegung, die an dem Aufbau einer sozial gerechten Gesellschaft mitarbeitet.

Soziale Gerechtigkeit statt Klassenkampf

Warum die Bewegungsstiftung über Reichtum, Einfluss und soziale Ungleichheit debattiert



Matthias Fiedler

Geschäftsführer der
Bewegungsstiftung

„Es herrscht Klassenkrieg, aber es ist meine Klasse, die Klasse der Reichen, die Krieg führt, und wir gewinnen“. In den USA – man sieht es gerade im Wahlkampf – kann man mit markigen Sprüchen erfolgreich sein. Und andersherum: Wer erfolgreich ist, macht gern markige Sprüche. Der Großinvestor Warren Buffet weiß das und spricht in ungewohnter Klarheit aus, was uns Studie um Studie seit Jahren verkündet: Die soziale Ungleichheit wächst, weltweit, in Europa, in Deutschland. Buffet sieht diese Entwicklung nicht als schleichenden, sondern als gesteuerten Prozess. Von Kriegsführung und Gewinnen ist dort die

Rede, also implizit auch von einer Strategie, Planung und Durchführung. Krieg geschieht nicht, er wird geplant. Es gibt Nutznießer, Gewinner und Verlierer.

Beispiele für die wachsende Ungleichheit gibt es genug: So müssen laut einem Oxfam-Bericht ArbeiterInnen in der US-Geflügelindustrie bei der Arbeit am Fließband Windeln tragen, um Pausenzeit zu sparen, während andere auf einer der teuersten Toilette der Welt sitzen (mit Swarovski-Kristallen besetzt für etwa 50.000 Euro). Auch in Deutschland geht die Schere immer weiter auseinander. So hat sich etwa im Bundesland Bremen die Zahl der Einkommensmillionäre von 2004 bis 2010 mehr als verdoppelt, während mittlerweile jedes dritte Kind in Bremen von Hartz IV abhängig ist.

Aber ist diese Umverteilung wirklich das Ergebnis eines planvollen Vorgehens seitens reicher Eliten? Fest steht: Diese verfügen über bessere

Termine

**Nächster Antragschluss
Bewegungsstiftung und
Stiftung bridge 6. September**

**Beirat der StifterInnen
7. bis 9. Oktober in Hannover**

**Fachseminar der geförderten
Projekte 25. bis 27. November
im Raum Kassel**

Landräuber unter Druck

Wie Aktive mit Feldbesetzungen und Öffentlichkeitsarbeit gegen Landgrabbing in Mali kämpfen: Gastbeitrag von Olaf Bernau von unserem Förderprojekt Afrique-Europe-Interact



Der Protest zeigt Wirkung: Der verantwortliche Investor hat Ausgleichsflächen in Aussicht gestellt. Die DorfbewohnerInnen, hier bei einer Versammlung in Sanamandougou, lehnen diese Lösung vorerst ab und fordern die vollständige Rückgabe des Landes. Foto: Afrique-Europe-Interact

Im westafrikanischen Sahelland Mali gehen durch anhaltende Dürre im Zuge des Klimawandels jährlich 150.000 Hektar Land verloren. Ein Drittel aller Kinder unter fünf Jahren gilt als unterernährt. Zudem soll die Bevölkerung bis zur Jahrhundertmitte von derzeit 15 auf 50 Millionen Menschen anwachsen. Umso unbegreiflicher ist es, dass die malische Regierung seit 2003 mindestens 900.000 Hektar Land an Großinvestoren verpachtet hat. Und dies auf äußerst zweifelhafte Weise: ohne Konsultation der lokalen Bevölkerung und zu grotesk günstigen Konditionen wie etwa jahrzehntelange Steuernachlässe („tax holiday“).

Offiziell wird dies damit gerechtfertigt, dass die Pächter mit ihren Investitionen einen grundsätzlichen Beitrag zur Entwicklung des Landes und somit auch zur Ernährungssicherheit leisten würden. Diese Behauptung entpuppt sich jedoch bei näherer Betrachtung als wenig stichhaltig. Vielmehr ist es in Mali bereits zur Vertreibung zahlreicher Dörfer gekommen, zudem führt die agrarindustrielle

Bearbeitung des geraubten Landes zu massiven ökologischen Schäden.

Bäuerliche Gewerkschaft gegründet

Vor diesem Hintergrund hat das transnationale Netzwerk Afrique-Europe-Interact 2012 begonnen, Kontakte zu Bäuerinnen und Bauern in Mali aufzubauen, die von unterschiedlichen Formen des Landgrabblings betroffen sind. Aus dieser Kooperation ist mittlerweile die bäuerliche Basisgewerkschaft COPON (Koordination der Bauern im Office du Niger) mit über 500 Mitgliedern hervorgegangen. Darüber hinaus unterstützt Afrique-Europe-Interact seit Anfang 2014 die Kämpfe mehrerer Dörfer zur Rückgabe ihres Landes. Beide Ansätze konnten durch eine Kampagnenförderung der Bewegungsstiftung erheblich intensiviert werden, wovon insbesondere der seit 2010 währende Landkampf der BewohnerInnen der Dörfer Sanamandougou und Saou profitiert hat.

Bedeutsam war dabei vor allem, dass Afrique-Europe-Interact mit Protestaktionen, Pressearbeit und mehreren offenen Briefen insbesondere an deutsche und malische Regierungsstellen zunehmend internationalen Druck aufbauen konnte. Denn durch umfangreiche Recherchen war bereits 2014 bekannt geworden, dass der für den Landraub in Sanamandougou und Saou verantwortliche Investor Modibo Keita unter anderem von zwei Entwicklungsbanken Kredite erhalten hat, an denen auch Deutschland finanzielle Anteile hält. Konsequenz war, dass im Mai 2016 ein Erfolg in greifbare Nähe gerückt ist. Denn im Anschluss an eine von Afrique-Europe-Interact mitgetragene Feldbesetzung der beiden Dörfer hat Modibo Keita seine Bereitschaft signalisiert, günstig gelegene Ausgleichsflächen zur Verfügung zu stellen.

Kompromiss wird abgelehnt

Einziges Haken: Die DorfbewohnerInnen haben in den von Afrique-Europe-Interact moderierten Verhandlungen eine solche Kompensation erst einmal zurückgewiesen. Stattdessen bestehen sie im Rahmen des historisch verankerten Gewohnheitsrechts auf eine vollständige Rückgabe ihres Landes, was zwar verständlich, im Lichte der faktischen Kräfteverhältnisse aber nicht sonderlich realistisch ist. Hinzu kommt, dass der Grat zwischen einem "Ringens um Würde", wie es die Journalistin Charlotte Wiedemann nennt, und falsch verstandenem Stolz durchaus dünn zu sein scheint. Ein Umstand, der aus Sicht der malischen AktivistInnen von Afrique-Europe-Interact auch daran deutlich wird, dass es vor allem die älteren Männer in den beiden Dörfern sind, die einen Kompromiss ablehnen.

Und doch: So unklar es ist, wie die Dörfer letztlich entscheiden werden, eines steht bereits fest: Die Aktivitäten von Afrique-Europe-Interact haben in Mali für einige Furore gesorgt, was sich nicht zuletzt bei zukünftigen Landverpachtungen der Regierung positiv auswirken dürfte.

Impressum: Herausgeber Bewegungsstiftung, Artilleriestraße 6, 27283 Verden **MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:** Julia Blume, Matthias Fiedler **Verantwortlich:** Wiebke Johanning, johanning@bewegungsstiftung.de **Kontakt:** Telefon 04231/ 957 540, Fax 04231/957 541, info@bewegungsstiftung.de, www.bewegungsstiftung.de **Bankverbindung:** Bewegungsstiftung, GLS Gemeinschaftsbank e.G., BIC: GENODEM1GLS, IBAN: DE56 4306 0967 0046 3144 00 **Layout:** Monika Bröse, Freiraum Kommunikation, www.freiraum-koeln.de **Druck:** Pachnicke, Göttingen, Gedruckt auf 100% Recyclingpapier

„Wir haben es geschafft, Feminismus cool werden zu lassen“

Pinkstinks-Geschäftsführerin Stevie Schmiedel über das geplante Gesetz gegen sexistische Werbung, rechte Strömungen im Feminismus und das Glück, Teil unseres Netzwerks zu sein



„Wenn Rechtspopulisten den Feminismus vereinnahmen, können wir nicht die Klappe halten.“ Stevie Schmiedel und ihr Team mischen sich in viele Debatten ein.

Foto: Gunter Glücklich

Pinkstinks ist seit 2013 Basisförderprojekt der Bewegungsstiftung. Was waren eure größten Entwicklungsschritte in dieser Zeit?

Stevie Schmiedel: Ich denke, dazu zählt, dass wir es geschafft haben, Feminismus cool werden zu lassen und das hauptsächlich durch unsere Pressepräsenz. Einzelerfolge waren, dass wir 2013 die Werbeveranstaltung Barbie-Dreamhouse aus Deutschland vertrieben haben, die erste Demo gegen sexistische Werbung veranstaltet haben und das wir mittlerweile die Meldestelle für sexistische Werbung in Deutschland geworden sind. Das sind auf jeden Fall Meilensteine, die man nennen kann.

Welche Rolle hat dabei die Förderung durch die Bewegungsstiftung gespielt?

Durch die finanzierte Fundraisingstelle wurden wir professionalisiert. Da hatten wir das Gefühl, dass wir jetzt wachsen und planen können. Das Wichtigste neben dem Finanziellen war aber die Beratung der anderen Projekte im Stiftungsnetzwerk. In den ersten Jahren habe

ich ständig gegenüber der Presse erwähnt: Teil der Bewegungsstiftung zu sein ist wie Weihnachten und Geburtstag zusammen, weil man kostenlos unglaublich gute Tipps bekommt.

Im Frühjahr hat SPD-Justizminister Heiko Maas bekannt gegeben, dass er ein Gesetz gegen sexistische Werbung plant – ein Projekt, das ihr auf den Weg gebracht habt. Wie habt ihr es geschafft, in wenigen Jahren politisch so viel Gehör zu finden?

Erstmal muss man sagen: Das Ganze geht eigentlich nur, wenn man weit über seine Grenzen geht, viele Überstunden macht, ständig erreichbar ist. Dadurch ist es uns gelungen, Pinkstinks zu einer Organisation zu machen, von der man ständig spricht. Ich denke, ohne diese Präsenz in der Öffentlichkeit hätte uns die SPD nicht so wahrgenommen. Hinzu kam das Glück mit der Juristin Berit Völmann zu arbeiten, die zu genau unserem Thema eine Doktorarbeit geschrieben hatte. Sie brachte die passende Gesetzesnorm zu unserer Forderung mit.

In manchen Medien gab es den Vorwurf, ihr wärt sexfeindlich und wolltet Nacktheit in der Werbung verbieten.

Wir wollen genau das Gegenteil! Wir wollen viel mehr Sex in der Werbung – also mehr vielfältige Sexualität, größere Größen, Frauen mit Volumen. Wir haben aber ein Problem mit Werbung gerade im mittelständischen Bereich, wo die halbnackte Frau neben dem Autoreifen oder dem Hundefutter abgebildet wird. Es ist diese Beliebigkeit, einfach irgendein Produkt neben eine halbnackte Frau zu stellen, damit es verkauft werden kann, die wir anprangern.

Wie geht es mit dem Gesetzesentwurf weiter?

Wahrscheinlich geht das Ganze noch vor der Sommerpause in die Ressortabstimmung. Wir sind gespannt. Die CDU wird ziemlich sicher dagegen angehen, mit dem Argument, das Gesetz schränke die Marktfreiheit und die Kreativität der Werbung ein. Als Kompromiss könnte herauskommen, dass der Werberat Sanktionsrechte erhalten wird, um wirklich gegen sexistische Werbung vorgehen zu können.

Ihr äußert euch zu vielen verschiedenen Themen – auch zu Integration, Islam und Rassismus. Habt ihr manchmal das Gefühl, an zu vielen Fronten zu kämpfen?

Ganz professionell wäre es sicherlich, nur bei unserem Schwerpunkt zu bleiben. Aber wir haben gerade das Gefühl, wenn Rechtspopulisten den Feminismus vereinnahmen, können wir nicht die Klappe halten. Auf einmal schreien alle: Beschützt die deutsche Frau, die vor kurzem noch geschrien haben: Dann mach doch deine Bluse zu! Wir können mit einem Blog-Eintrag 100.000 Leute erreichen. Das können wir nicht ungenutzt lassen, um auch den Emma-Feminismus, der jetzt so populär ist, und Frau Schwarzer in die Schranken zu weisen.

Zur Langversion des Interviews: www.bewegungsstiftung.de/pinkstinks2016.html

Unsere neuen Förderprojekte



Zwei von drei neuen Förderprojekten: Das Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung will sich einem Aufmarsch von AbtreibungsgegnerInnen entgegenstellen. Die Aktiven von „Leipzig kohlefrei“ wollen die kommunalen Stadtwerke Leipzig zum Ausstieg aus dem Kohlestrom bewegen.

Fotos: Thomas Hummitzsch (HVD Berlin-Brandenburg), Leipzig kohlefrei

Stiftung bridge

Gesellschaft für Freiheitsrechte Informationen befreien – für eine transparente Verwaltung!

Die Kampagne will über das Thema Informationsfreiheit aufklären und gezielt die Möglichkeit von gerichtlichen Klagen vorstellen. Seit zehn Jahren gibt es auf Bundesebene ein Informationsfreiheitsgesetz, das die Bundesbehörden verpflichtet, der Bevölkerung auf Anfrage amtliche Informationen zur Verfügung zu stellen. Jedes Jahr reichen BürgerInnen tausende Anfragen ein. So erreichten BürgerInnen, dass die Verwaltung des Bundestages eine Liste von Hausausweisen herausgeben musste, die für Verbände und Lobbyisten erteilt wurden. So lässt sich nachvollziehen, auf wessen Veranlassung Lobby-Organisationen freien Zugang zum Bundestag genießen. Leider ist der Widerstand der Verwaltung gegen das Informationsfreiheitsgesetz weiterhin erheblich. Viele Anträge werden rechtswidrig abgelehnt. Hier will die Kampagne ansetzen und BürgerInnen bei der Klage gegen abgelehnte Anträge unterstützen. Die Kampagne wird im Herbst 2016 mit Transparenzklagen starten.

Förderung: 14.000 Euro
www.freiheitsrechte.org

Bewegungstiftung

Leipzig kohlefrei

Die Kampagne „Leipzig kohlefrei“ will den Kohleausstieg von unten vorwärts bringen und

erreichen, dass die kommunalen Stadtwerke Leipzig bis Ende 2016 einen Fahrplan vorlegen, wie sie Kohlestrom aus ihrem Strommix verbannen wollen. Die Stadtwerke sollen spätestens bis 2021 den bisher zugekauften Strom unbekannter Herkunft durch Zukauf-Verträge mit 100 Prozent erneuerbarem Strom oder durch eigene Erzeugung von Erneuerbaren Energien ersetzen. Um dieses Ziel zu erreichen, wollen die KlimaschützerInnen Druck machen auf Stadtwerke und Lokalpolitik und mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen eine Debatte über die Energieversorgung in Leipzig anstoßen.

Förderung: 4.000 Euro

Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung – Mein Körper, meine Verantwortung, meine Entscheidung

Marsch für das Leben – unter diesem Motto kommen jedes Jahr in Berlin christlich-fundamentalistische sowie rechtsnationale AbtreibungsgegnerInnen zusammen und fordern dort das totale Verbot und die Bestrafung von Schwangerschaftsabbrüchen in Deutschland und Europa. Das Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung will mit Aktionen und eigenen Forderungen diesem reaktionären Aufmarsch und dem wachsenden Einfluss christlicher FundamentalistInnen und Parteien wie der AfD entgegentreten. Mit einer Konferenz, Podiumsdiskussionen und Aktionen will das Bündnis für starken Gegenprotest sorgen und das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung für alle Menschen verteidigen.

Förderung: 13.200 Euro
www.sexuelle-selbstbestimmung.de

Gemeinnützigkeit: Die Politik bewegt sich

Immer wieder haben unsere Förderprojekte mit einer engen Auslegung des Gemeinnützigkeitsrechts zu kämpfen. Viele Finanzämter meinen, dass gemeinnützige Organisationen nicht auf die Politik einwirken dürfen und drohen mit dem Entzug der Gemeinnützigkeit samt der damit verbundenen steuerlichen Vorteile. Die Drohung wurde für Attac 2014 zur Realität.

Um Rechtssicherheit zu schaffen, hat die Bewegungstiftung mit anderen die Allianz „Rechtssicherheit für politische Bildung“ gegründet. Diese hat nun in Gesprächen mit der Politik Bewegung in das Thema gebracht. Es gibt erste Schritte hin zu einer Reform des Gemeinnützigkeitsrechts. Mitte Mai hat die grüne Bundestagsfraktion eine Große Anfrage zum Thema an die Bundesregierung gerichtet. Darin fragt sie, wie die Regierung die Vorschläge der Allianz beurteilt und fordert einheitliche Regeln für alle Akteure, die auf Politik Einfluss nehmen. Fast zeitgleich hat die SPD in Hessen eine Landtagsinitiative gestartet, um das zugrunde liegende Gesetz, die Abgabenordnung, zu reformieren. Spannend wird, wie sich die übrigen Parteien dazu positionieren, welche Gegenargumente und anderen Lösungsvorschläge sie vorbringen.

Mehr dazu unter:
www.zivilgesellschaft-ist-gemeinnuetzig.de

Billige Milch, verzweifelte Bauern

Werkstattbericht: Unser Förderprojekt Aktion Agrar kürt Aldi zum Aasgeier der Milchkrise



DemonstrantInnen vor der Aldi-Zentrale in Mülheim. Da der Discounter nicht mit ihnen sprechen will, findet die Aktion vor dem Firmenschild statt. Fotos: Julia Blume

Wir werden schief angesehen. Um es genau zu sagen, werden wir von einem Aasgeier schief angesehen, der auf dem großen Firmenschild hockt. Die Trophäe „Der Goldene Aasgeier 2016“ ist Mittelpunkt der heutigen Protestaktion vor der Aldi-Süd-Konzernzentrale in Mülheim an der Ruhr. Dort wird der Negativpreis zum ersten Mal von unserem Förderprojekt Aktion Agrar in Kooperation mit der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft und Attac Deutschland verliehen.

Nach intensiven Vorbereitungen der letzten Tage trifft sich das Team von Aktion Agrar samt UnterstützerInnen am Vormittag am Aktionsort. Eine Baustelle versperrt den Blick auf das große Bürogebäude des Discounters, also wählt die Gruppe das Firmenschild direkt neben der Einfahrt zum Gelände für die Protestaktion. Unter strengen, aber verständnisvollen Blicken der Polizei beginnt der Aufbau. Schnell und routiniert sind drei große Banner aufgespannt und diverse Schilder positioniert. Sie tragen die wichtigsten Forderungen an Aldi: „Höfesterben stoppen – bäuerliche Betriebe sichern!“ und „Billige Milch zerstört Höfe weltweit – Preisdumping die Hörner zeigen, Mengen reduzieren!“. Der Geier erhält bis zur Verleihung einen Ehrenplatz oben auf dem Firmenschild.

Was hat der Vogel mit den Kühen zu tun? Die heutige Aktion ist Teil der Kampagne „Kühe

und Bauern nicht verpulvern!“ von Aktion Agrar und Attac. Sie fordern ein Ende der bisherigen Milchpreispolitik, die zur aktuellen Milchkrise geführt hat. Politik und Molkeereien schwärmten jahrelang von massiven Exportgewinnen durch eine hohe Nachfrage an Milch auf dem Weltmarkt. Viele Kuhställe wurden vergrößert – aber der versprochene Export brach ein. Das Überangebot ließ den Preis noch mehr sinken. Die Bauern bekommen inzwischen nur noch circa zwanzig Cent pro Liter – nur etwa die Hälfte der anfallenden Produktionskosten. Aldi profitiert als führender Discounter von den niedrigen Preisen, die das Unternehmen zum Teil an die VerbraucherInnen weitergibt – zuletzt mit einer Milchpreis-Senkung auf 46 Cent pro Liter. Aldi zieht somit einen Vorteil aus der Not der Bäuerinnen und Bauern und wird für die längst verzweifelt gegen die Insolvenz kämpfenden Höfe zum Aasgeier.

Aldis Reaktion: Fenster werden geschlossen, Türen verriegelt

Jutta Sundermann von Aktion Agrar begrüßt Teilnehmende und die ersten PressevertreterInnen. Angesichts der dramatischen Milchkrise interessieren sich auch die Medien für den goldenen Aasgeier und die Menschen, die ihn verleihen. Dann wird es auf einmal ernst und hektisch. Die Aktion erreicht ihren Höhepunkt mit der Verleihung der Trophäe. Obwohl die

Polizei ankündigt, die Personalien jeder Person festzustellen, die das Firmengelände betritt, versuchen Jutta Sundermann und Leonie Dorn die Trophäe zusammen mit einem offenen Brief an Aldi zu überreichen. Obwohl nur zwei Frauen auf den Bürokomplex zugehen, werden Türen und Bürofenster augenblicklich geschlossen, die automatischen Schiebetüren verriegelt. Aldi hatte im Vorfeld angekündigt nicht mit den AktionsteilnehmerInnen zu reden. Aber der große silberne Briefkasten direkt am Eingang schluckt fotogen den offenen Brief mit den Forderungen. Der „Goldene Aasgeier“ krönt nun den Briefkasten der Zentrale. Damit ist das Ziel der Aktion erreicht und alle Teilnehmenden sind gelöst.

„Leider ist die Bundesregierung gerade dabei, die Lage noch zu verschärfen, und macht sich für weitere Freihandelsabkommen wie das TTIP stark“, erklärt Jutta Sundermann. Die Aktion richtet sich auch an den Milchgipfel kurz danach in Berlin, bei dem mögliche Hilfsstrategien diskutiert werden. Zurück aus Mülheim stapeln sich im Büro Kartons, Geier und Goldstoffs. Es werden fleißig die nächsten Pakete vorbereitet. Denn Aktion Agrar lädt Aktionsgruppen in ganz Deutschland ein, die Aasgeiertrophäe an ihre Aldi-Filiale vor Ort zu überreichen. Jede interessierte Gruppe erhält ein Paket mit dem nötigen Zubehör und einem Aktionsleitfaden. Julia Blume

„Protest muss auch Spaß machen“

Ein Leben im freischwebenden Widerstand – zu Besuch bei unserer langjährigen Bewegungsarbeiterin Cécile Lecomte in Lüneburg



Cécile Lecomte vor der Tür ihres Bauwagens. An der Tür hängt ein Plakat zu einem ihrer wichtigsten Themen – Atomtransporte verhindern.

Foto: Julia Blume

Schon von weitem sieht man die vielen bunten Bauwagen auf der Wiese bei Lüneburg. Der von Cécile Lecomte ist zweistöckig, mit einer kleinen Solaranlage vor und einem großen Holzgestell mit einer Hängematte dahinter. Hier wohnt das „Eichhörnchen“, wie Cécile oft genannt wird, seit 2008 Bewegungsarbeiterin und als Kletteraktivistin bei verschiedenen politischen Aktionen unterwegs.

Wir sitzen am kleinen Küchentisch des geräumigen Wagens, ringsherum hängen Fotos und Plakate vergangener Aktionen. Cécile gießt sich Erkältungstee mit viel Zitrone ein und erzählt mit leicht kratziger Stimme von ihrem letzten Klettereinsatz bei der Blockade-Aktion „Ende Gelände“. Dort hatten Mitte Mai Tausende einen Braunkohletagebau in der Lausitz besetzt. Cécile hing 30 Stunden über der Eisenbahnstrecke, auf der die Kohle ins nahegelegene Kraftwerk transportiert wird. „Die Nacht war sooo kalt!“, berichtet sie.

Aktionen wie diese gehören zu ihrem Alltag. Wie hat sich Céciles Engagement durch das BewegungsarbeiterInnenprogramm geändert? Im Vergleich zu ihrem früheren Beruf als Lehrerin hat es ihr mehr Freiheit für ihre politische

Arbeit ermöglicht. „Es bietet mir eine Plattform, um mich mit Aktivist:innen aus anderen Bereichen zu vernetzen. Das erweitert meinen politischen Horizont.“

PatInnen sind auch selbst aktiv

„Viele haben ein falsches Bild von dem Programm. Man wird nicht für das Demonstrieren bezahlt“, sagt Cécile. Sie vergleicht es mit der Selbstständigkeit im Bereich der Politarbeit, in dem sie keinen Unterschied zwischen Privatleben und politischer Arbeit macht. Die finanzielle Unterstützung durch ihre PatInnen sichert ihr ein stabileres Einkommen und schafft mehr Planungssicherheit für die Aktionen. „Es ist eine Möglichkeit, meine bisherige Arbeit sicherer und intensiver zu gestalten und das nicht nur finanziell. Die Menschen, die mich unterstützen, sind auch selber aktiv. Ich allein bin nicht der Widerstand“, betont sie.

Mit ihren vielen Vorträgen will sie anderen die Realität der Repression durch Justiz und Polizei vermitteln. Sie will aber auch Mut machen, sich trotzdem kreativ einzusetzen. „Protest muss auch Spaß machen!“

Auf die Frage wie ihre Arbeit in den nächsten Jahren aussehen wird, zögert sie erst. Sie macht es von dem Verlauf der rheumatoiden Arthritis, einer chronischen Krankheit mit der sie seit Jahren lebt, abhängig. Falls diese sie zukünftig vom Klettern abhalten sollte, bieten ihr der Journalismus und das Organisieren von Aktionen vielfältige Möglichkeiten. „Was die Öffentlichkeit sieht, sind nur zehn Prozent der Arbeit, neunzig Prozent geschieht im Hintergrund“, sagt sie.

Urantransporte – der Anfang der Atomspirale

Cécile arbeitet zu vielen politischen Themen. Hauptarbeitsfeld bleibt – trotz beschlossener Atomausstieg – das Thema Atomkraft. „Man kann nicht vom Atomausstieg reden, wenn sämtliche Versorgungsanlagen und Transporte weiterlaufen. Diese beliefern Atomkraftwerke weltweit“, betont sie. Cécile setzt sich darum das Ziel, den Anfang der Uranverarbeitung aufzuhalten. „Im Moment arbeiten wir an den Uranerzkonzentrat-Transporten. Das ist der Anfang der Atomspirale in Europa. Wir wollen handeln, bevor es überhaupt zu dem Müll kommt!“ Sie sieht in der Atomkraft viele Gefahren; den Müll, das Krebsrisiko, Terroranschläge, mögliche Super-GAU und die atomare Verseuchung. Die Befürworter:innen bezeichnen die Atomkraft gerne als CO₂-neutral und umweltfreundlich. Cécile sieht das ganz anders. Der Transport und der Abbau des Urans produziert sehr viel CO₂. Außerdem werde in Kasachstan das Uran zum Beispiel per Fracking abgebaut und das knappe Frischwasser atomar verseucht.

Zum Ende unserer Unterhaltung klingelt Céciles Handy. Sofort ist sie am Apparat und ganz in ihrem Element. Es geht um die Materialbeschaffung für die nächste Aktion in Jülich zum Castor-Aktionstag.

Julia Blume

Werden Sie PatIn!

Schon mit 10 Euro im Monat können Sie die Arbeit von **Cécile** oder die anderer BewegungsarbeiterInnen fördern.

Alle Infos unter:
www.bewegungsarbeiter.de